

II—2928 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

A n f r a g e

Nr. 1476/J

1977 -11- 18

der Abgeordneten Dr. FRAUSCHER, Glaser, Helga Wieser, Steiner und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend eine angebliche Weisung des Justizministeriums in
Suchtgifangelegenheiten

Die "Salzburger Nachrichten" berichten am 7.11.1977 auf Seite 5 in einem Artikel über das Ansteigen der Suchtgiftkriminalität, sowie über eine angebliche Weisung des Justizministeriums in diesem Zusammenhang. In einer Glosse in den "Salzburger Nachrichten" heißt es dazu:

"Es ist unfaßbar, aber wahr. Wer wöchentlich 30 g Haschisch inhaliert, sich 3 g Opium oder 0,3 g LSD spritzt, erhebt sich ohne Strafdrohung der Justiz ins Land der Träume. "Zulässiger Durchschnittswochenverbrauch" heißt es in der ministeriellen Weisung, die der Exekutive die Hände bindet."

Im Hinblick auf diesen aufklärungswürdigen Vorgang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

- 1) Gibt es tatsächlich eine Weisung des Bundesministeriums für Justiz mit diesem Inhalt ?

-2-

- 2) An wen und zu welchem Zweck ist diese Weisung ergangen ?
- 3) Falls eine derartige oder ähnliche Weisung existiert, sind Sie bereit, den anfragenden Abgeordneten den Text dieser Weisung bekanntzugeben ?